

Januar 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Wichtigste Probleme: Ukraine, Energiekrise, Klima	5
Bundesregierung bleibt in der Kritik	6
Politikerzufriedenheit: deutlicher Sympathieverlust für Ministerin Lambrecht.....	7
Sonntagsfrage: kaum Veränderungen	8
Ukraine: Zweifel an Kriegs-Ende im laufenden Jahr.....	9
Entlastungsmaßnahmen des Bundes überzeugen nur jeden Dritten	11
Gewachsene Zweifel an gerechten Verhältnissen	12
Mehrheit erwartet für sich persönlich ein gutes Jahr 2023.....	13
Zuspruch zu verbliebenen Corona-Maßnahmen.....	14
Schritte gegen Fachkräftemangel: Anhebung des Rentenalters unpopulär.....	16
Studieninformation.....	17

Zusammenfassung

Die aktuellen Krisen prägen die Problemwahrnehmung der Bundesbürger zu Jahresbeginn. Als wichtigstes Problem wird weiterhin der Krieg in der Ukraine betrachtet, wenn auch nicht mit der gleichen Intensität wie im vergangenen Sommer. Die sich aus dem Krieg ergebenden energiepolitischen Folgen sind dagegen für die Bundesbürger in den vergangenen Monaten stärker in den Vordergrund gerückt und werden momentan von ähnlich vielen als zentrale politische Herausforderung benannt wie der Klimawandel. Mit jeweils vergleichbaren Nennungen folgen die Preisentwicklung, soziale Ungleichheit sowie mit wieder wachsendem Stellenwert die Zuwanderung. Im derzeitigen Krisenumfeld überzeugt das Regierungshandeln viele Bürger nach wie vor nicht. Allerdings hat sich der Zuspruch zur Koalition leicht verbessert. Jeder Dritte ist zum Jahresauftakt mit den Leistungen der Ampel zufrieden. Ein mehrheitlich positives Bevölkerungsurteil erzielt weiterhin keiner der Bundespolitiker. Außenministerin Baerbock führt zwar die Politikerliste an, überzeugt allerdings ebenfalls nur knapp jeden zweiten Bundesbürger. Mit deutlichen Sympathieeinbußen sieht sich zum Jahreswechsel insbesondere Ministerin Lambrecht konfrontiert. Sie findet aktuell bei nur jedem Achten Zuspruch, der bislang geringste Rückhalt für den Inhaber des Verteidigungsressorts im ARD-DeutschlandTREND.

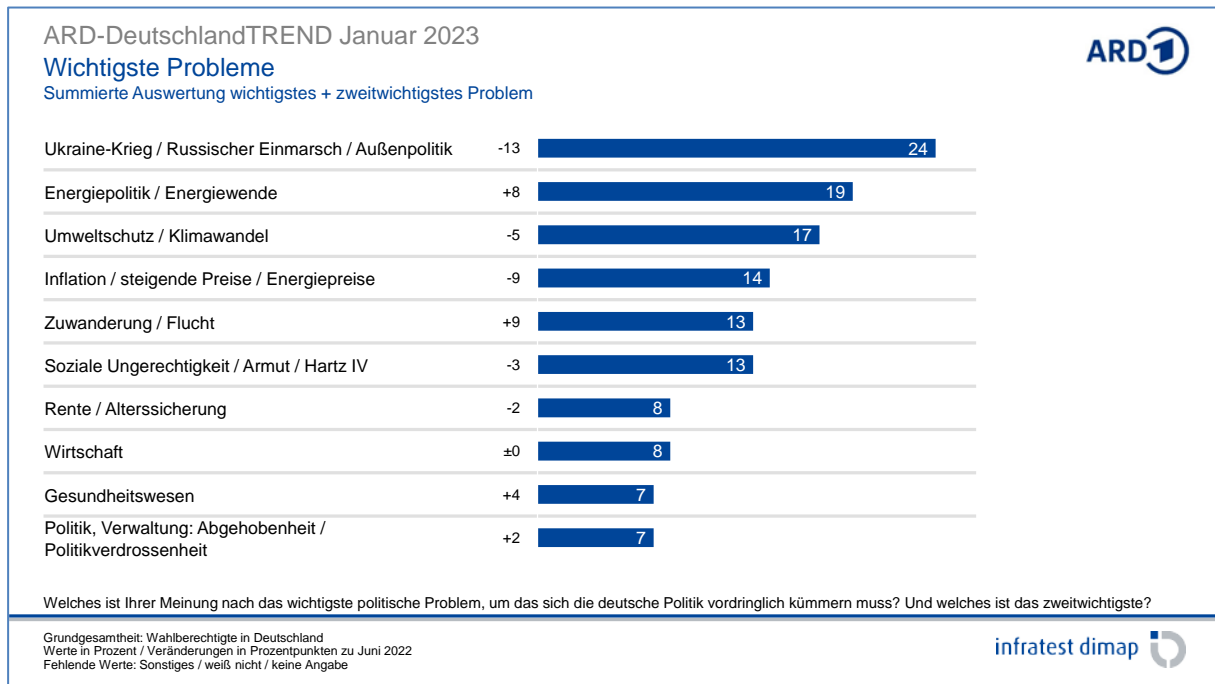
In der bundespolitischen Stimmung gibt es zu Jahresbeginn kaum Veränderungen. Die CDU/CSU kommt in der Sonntagsfrage statt auf 30 Prozent wie vor einem Monat nunmehr auf 29 Prozent. Die Grünen liegen mit 19 Prozent leicht besser als Anfang Dezember, die Sozialdemokraten mit 18 Prozent dagegen unverändert. Während die AfD weiterhin auf 15 Prozent käme, legt die FDP leicht auf 6 Prozent (+1) zu. Die Linke verharrt bei 5 Prozent.

Auf den Krieg in der Ukraine blicken die Bundesbürger zu Jahresbeginn wenig hoffnungsvoll. Nur drei von zehn rechnen für 2023 mit einem Kriegsende. Das Urteil zum deutschen Ukraine-Kurs ist im Grundsatz unverändert. Waffenlieferungen an die Ukraine lehnt nur jeder Vierte, Russland-Sanktionen nur jeder Fünfte als zu weitgehend ab. Die Zahl der grundlegenden Gegner entsprechender Maßnahmen ist damit leicht gesunken. Vier von zehn betrachten den Umfang der deutschen Waffenlieferungen und ein gutes Drittel auch das Ausmaß der Sanktionen als angemessen. Ein darüber hinaus gehendes Engagement bei Waffenlieferungen favorisieren 25 Prozent und somit etwas mehr als zuletzt, während härtere Sanktionen von gut jedem Dritten unterstützt werden. Deutlicher hinter den Erwartungen der Bundesbürger zurück bleiben nach wie vor die diplomatische Anstrengungen Deutschlands. Gut der Hälfte gehen diese nicht weit genug.

Die Preisentwicklung zählt im Verbund mit den energiepolitischen Problemen für die Bundesbürger zu den aktuell großen politischen Herausforderungen. Offensichtlich auch als Folge der hohen Energie- und Lebenshaltungskosten ist das zuletzt eher positive Bild von den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen wieder stärker ins Wanken geraten. Vertrat zur Bundestagswahl etwa jeder Zweite die Ansicht, es gehe in Deutschland gerecht zu, ist es derzeit nur ein gutes Drittel. Ähnlich kritisch fiel das Urteil letztmals 2010 im Umfeld der damaligen Wirtschafts- und Finanzkrise aus. Gleichzeitig überzeugen die Anstrengungen zur Kostenentlastung der Bevölkerung bislang viele nicht. Gut der Hälfte gehen entsprechende Gegenmaßnahmen der Bundesregierung nicht weit genug.

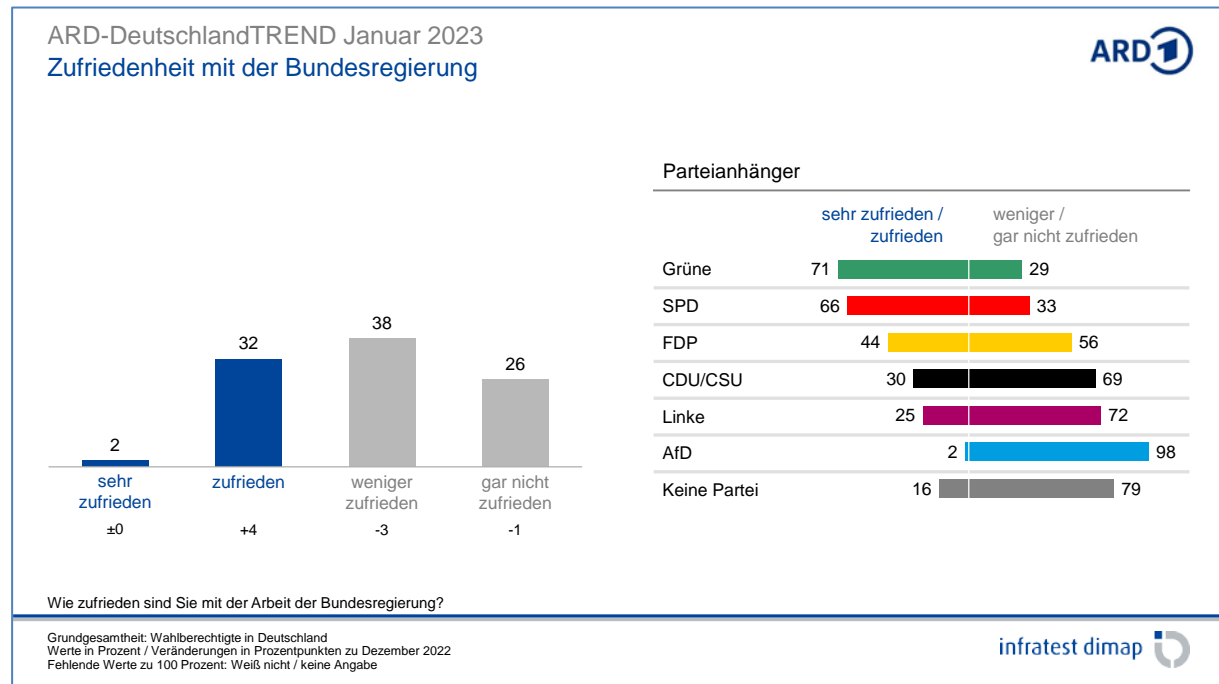
Ungeachtet der krisenhaften Rahmenbedingungen blickt die Mehrheit der Deutschen für sich persönlich optimistisch auf 2023. Vom neuen Jahr erwarten knapp zwei Drittel, dass es für sie ein gutes Jahr wird, nur gut jeder Fünfte rechnet für sich mit einem schlechten Jahr 2023. Corona prägt den Blick der Deutschen zum Jahresbeginn kaum noch. Auf ihrer Problem-Agenda ist die Pandemie faktisch verschwunden. Eine Aufhebung der verbliebenen Corona-Maßnahmen steht für die Mehrheit derzeit dennoch nicht zur Debatte.

Wichtigste Probleme: Ukraine, Energiekrise, Klima



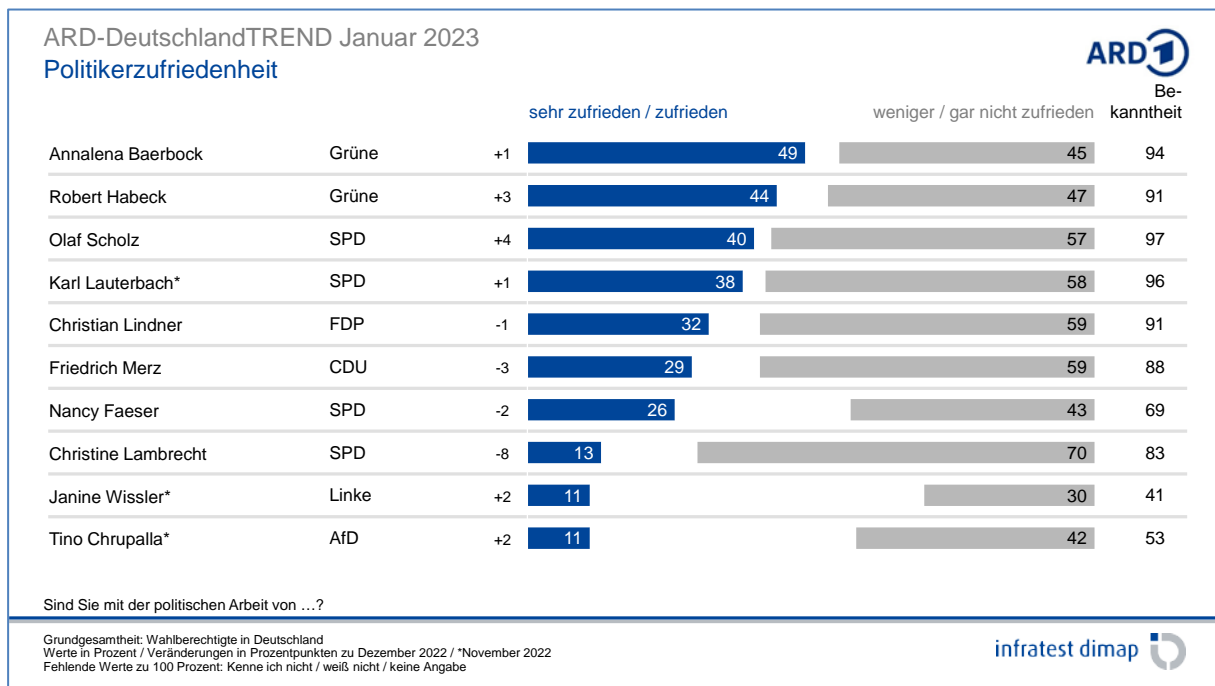
Die Krisen dieser Zeit prägen zu Jahresbeginn die Problemwahrnehmung der Bundesbürger. Als wichtigstes Problem, um das sich die deutsche Politik vornehmlich kümmern sollte, werden von ihnen weiterhin vor allem der Krieg in der Ukraine (24 Prozent; -13) betrachtet, wenn auch nicht mit der gleichen Intensität wie noch im vergangenen Sommer. Die sich aus dem Konflikt im Osten Europas ergebenden energiepolitischen Folgen sind dagegen für die Bundesbürger in den vergangenen Monaten deutlich stärker in den Vordergrund gerückt (19 Prozent; +8) und werden momentan von ähnlich vielen als zentrale politische Herausforderung benannt wie der Klimawandel (17 Prozent; -5). Mit jeweils vergleichbaren Nennungen folgen die Preisentwicklung (14 Prozent; -9), die bestehende soziale Ungleichheit (13 Prozent; -3) sowie mit wieder deutlich gewachsenem Stellenwert die Zuwanderung (13 Prozent; +9).

Bundesregierung bleibt in der Kritik



Im derzeitigen Krisenumfeld überzeugt das Berliner Regierungshandeln viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor nicht. Allerdings hat sich der Zuspruch zur Regierungsarbeit gegenüber Anfang Dezember leicht verbessert. Jeder dritte Bundesbürger (34 Prozent; +4) ist zum Jahresauftakt mit den Leistungen der Ampel-Koalition zufrieden. Knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten (64 Prozent; -4) üben Kritik. Während die Arbeit des Drei-Parteien-Bündnisses in den Reihen von SPD (66 Prozent) und Grünen (71 Prozent) mehrheitlich wohlwollend bewertet wird, überwiegt unter den FDP-Anhängern weiterhin das Unbehagen (44:56 Prozent).

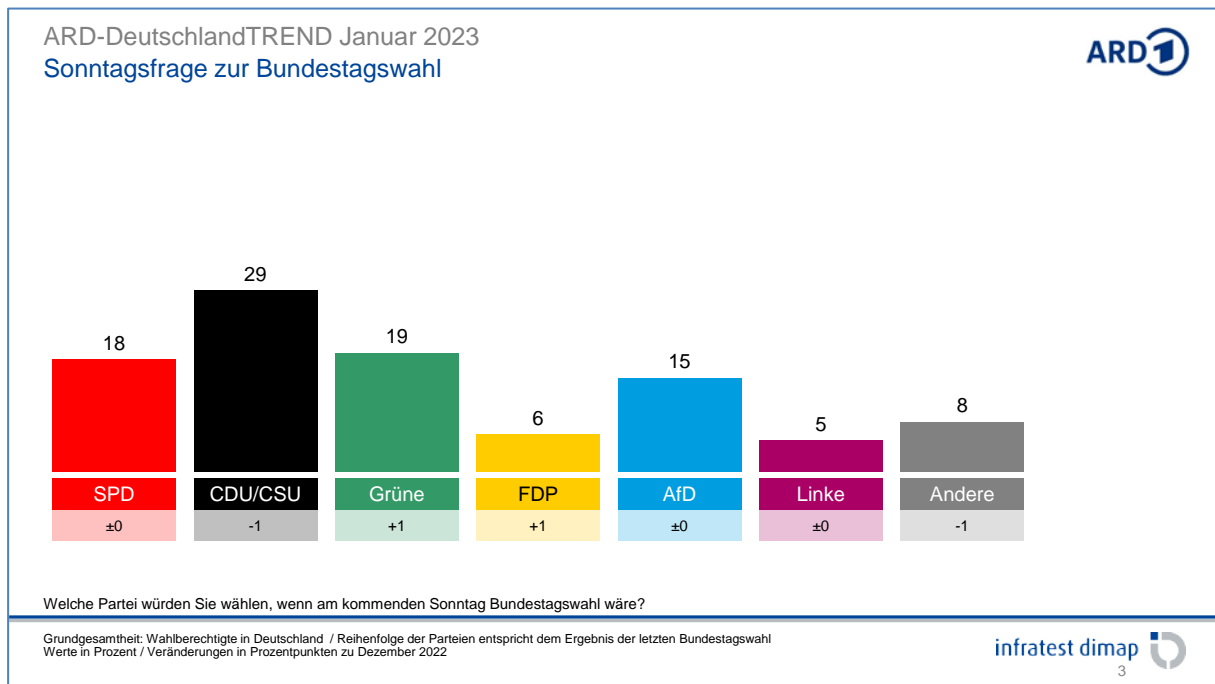
Politikerzufriedenheit: deutlicher Sympathieverlust für Ministerin Lambrecht



Ein mehrheitlich positives Bevölkerungsurteil erzielt auch zu Jahresbeginn keiner der abgefragten Bundespolitiker. Außenministerin Annalena Baerbock führt zwar die Liste der populärsten Politikerinnen und Politiker an, überzeugt derzeit allerdings ebenfalls nur jeden zweiten Bundesbürger (49 Prozent; +1). Hinter ihr folgen unverändert Wirtschaftsminister Robert Habeck (44 Prozent; +3) und Kanzler Olaf Scholz (40 Prozent; +4), die beide gegenüber Dezember an Zuspruch gewinnen. Gesundheitsminister Karl Lauterbach wird ähnlich wie im vergangenen November durch etwa vier von zehn (38 Prozent; +1) wohlwollend bewertet. Jeweils drei von zehn und damit etwas weniger als zum Jahresende äußern sich zufrieden zur Arbeit von Finanzminister Christian Lindner (32 Prozent; -1) und Oppositionsführer Friedrich Merz (29 Prozent; -3). Auch Innenministerin Nancy Faeser verliert leicht an Sympathien, ihr stellt zu Jahresbeginn jeder Vierte (26 Prozent; -2) ein positives Zeugnis aus. Mit deutlichen Sympathieeinbußen sieht sich die zum Jahreswechsel erneut unter Druck geratene Verteidigungsministerin konfrontiert. Christine Lambrecht findet aktuell Zuspruch bei nur jedem achten Bundesbürger (13 Prozent; -8), der bislang geringste Rückhalt für einen Verteidigungsminister im ARD-DeutschlandTREND. Auf den hinteren Rängen platzieren sich die Fraktionsvorsitzenden von Linkspartei und AfD, Janine Wissler und Tino Chrupalla (jeweils 11 Prozent; jeweils +2 zu November).

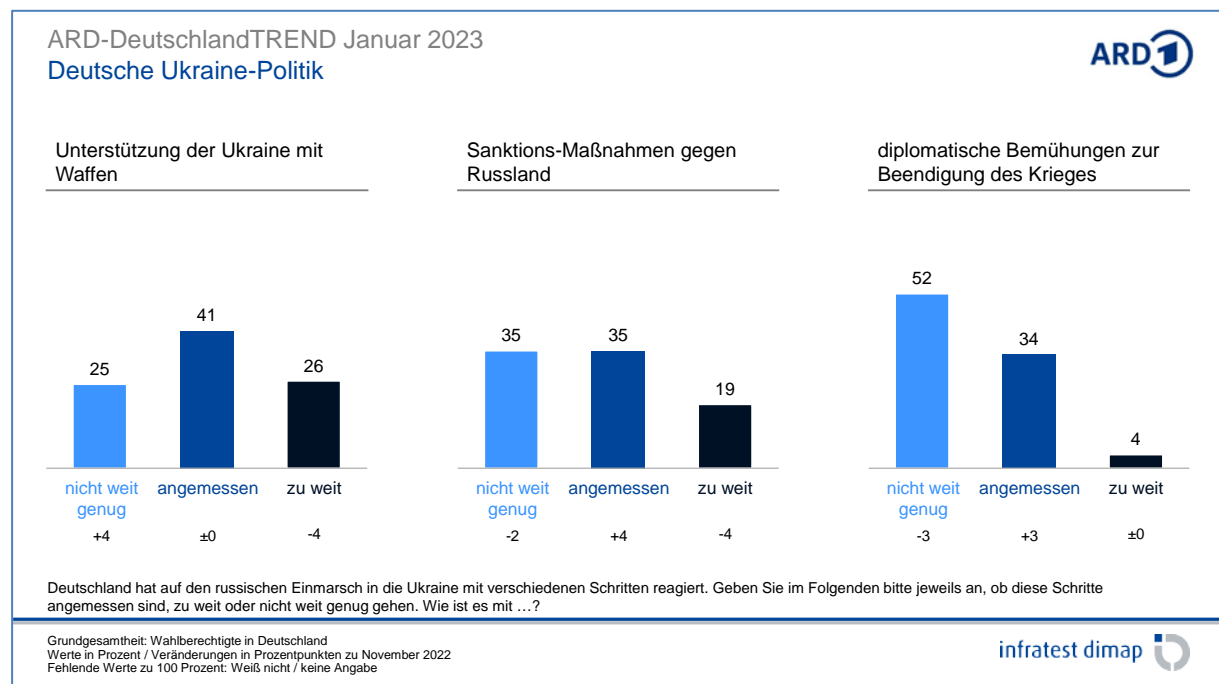
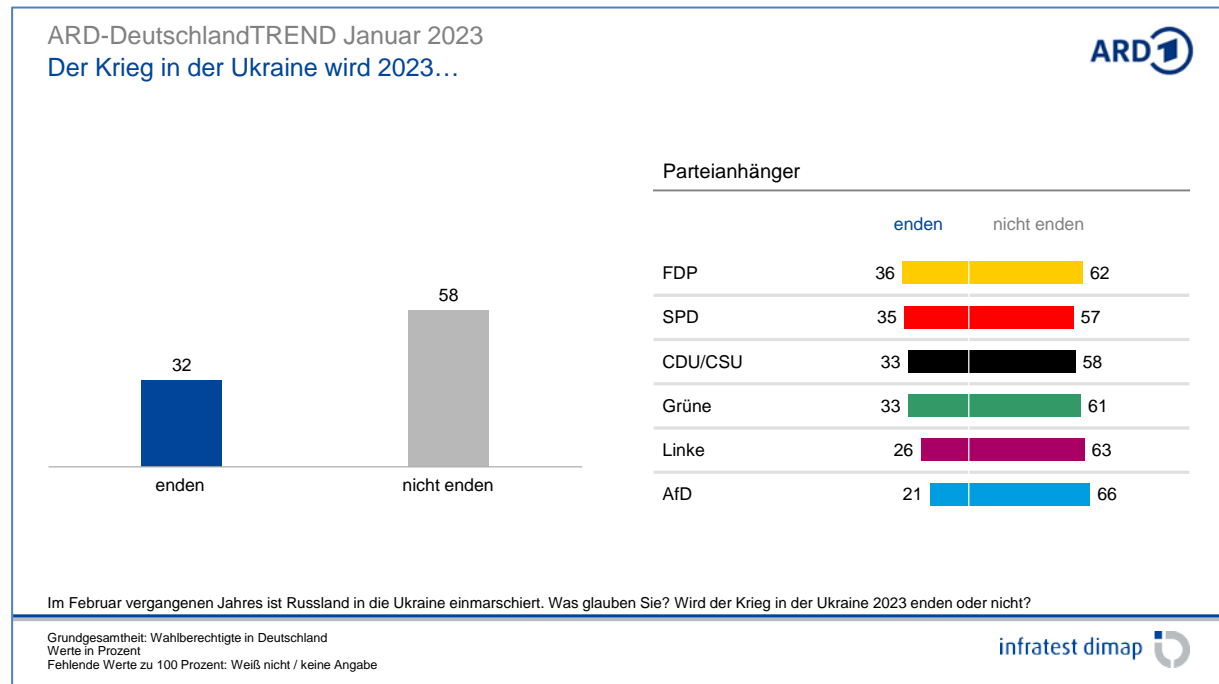
Sonntagsfrage: kaum Veränderungen

In der politischen Stimmung gibt es zu Jahresbeginn kaum Veränderungen. Die CDU/CSU kommt in der Sonntagsfrage statt auf 30 Prozent wie vor einem Monat nunmehr auf 29 Prozent. Die Grünen liegen mit 19 Prozent leicht besser als Anfang Dezember, die Sozialdemokraten mit 18 Prozent dagegen unverändert. Während die AfD weiterhin auf 15 Prozent käme, legt die FDP leicht auf 6 Prozent (+1) zu. Die Linke verharrt bei 5 Prozent.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

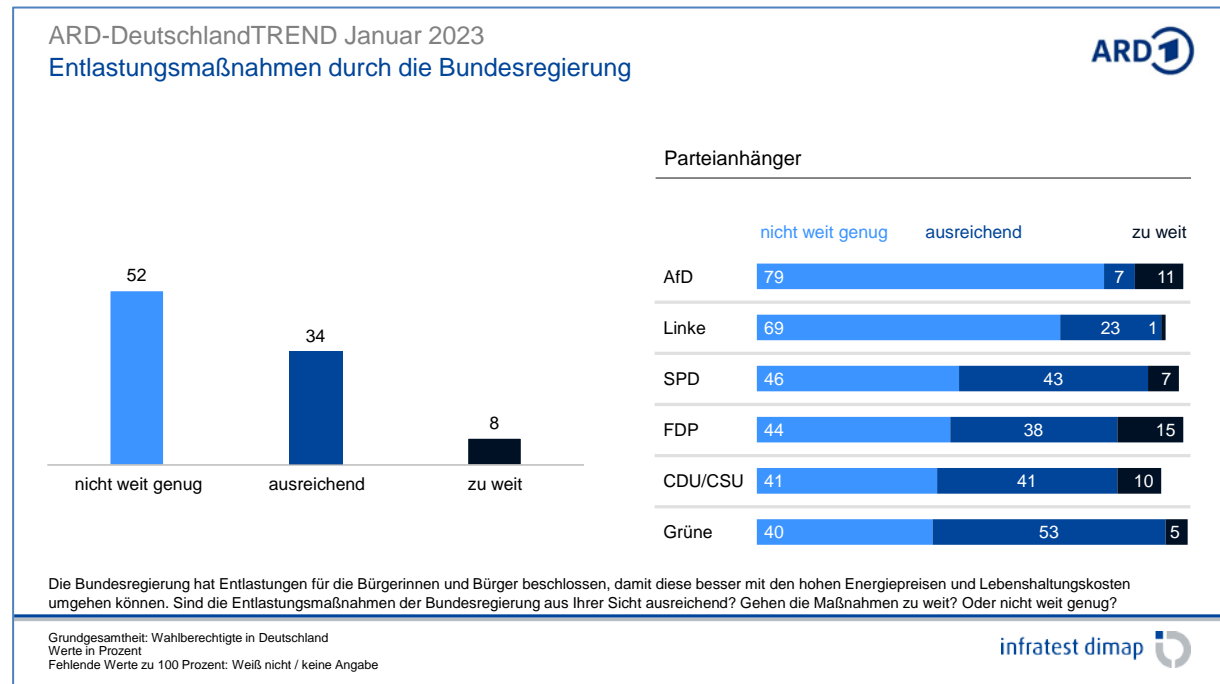
Ukraine: Zweifel an Kriegs-Ende im laufenden Jahr



Auf den Krieg in der Ukraine blicken die Bundesbürger zu Jahresbeginn wenig hoffnungsvoll. Nur drei von zehn (32 Prozent) rechnen mit einem Kriegsende im angelaufenen Jahr, 58 Prozent sehen dieses Ende für 2023 dagegen nicht. Das Urteil zum deutschen Ukraine-Kurs ist im Grundsatz unverändert. Die fortlaufenden Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine lehnt nur jeder Vierte (26 Prozent; -4), die Russland-Sanktionen nur jeder Fünfte (19 Prozent; -4) als zu weitgehend ab. Die Zahl der grundlegenden Gegner entsprechender Maßnahmen ist damit gegenüber dem Herbst leicht gesunken. 41 Prozent (±0) betrachten zu Jahresbeginn den Umfang der deutschen

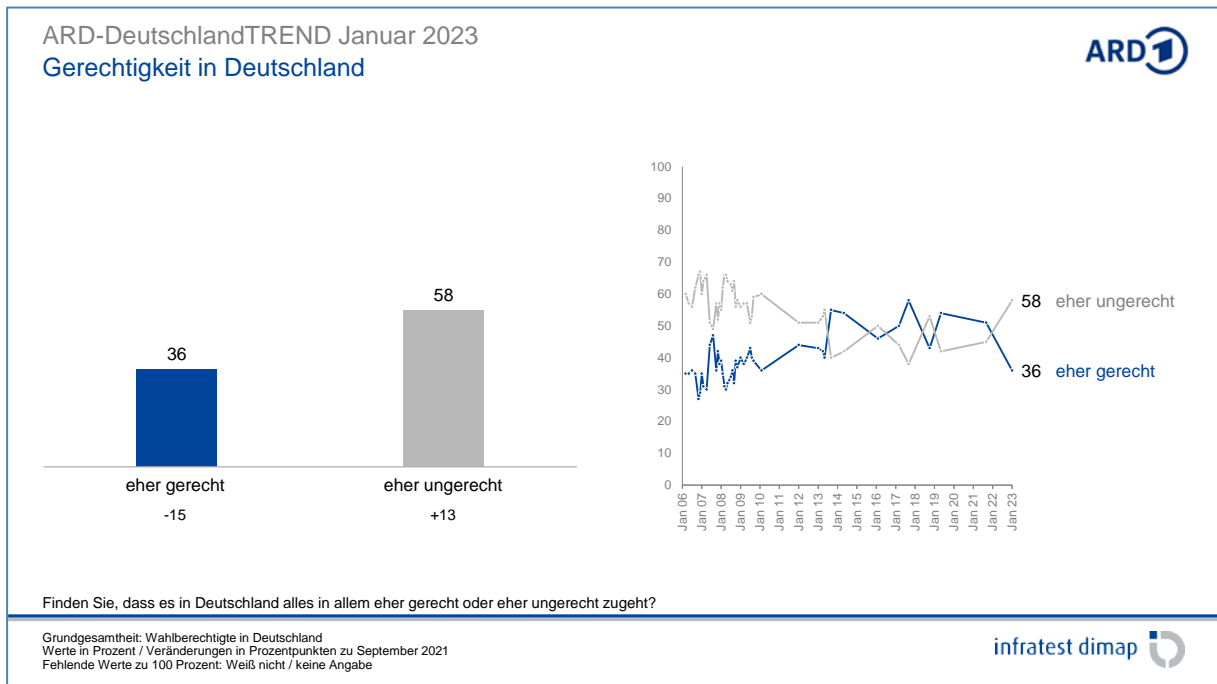
Waffenlieferungen und 35 Prozent (+4) auch das Ausmaß der Sanktionen als angemessen. Ein darüber hinaus gehendes deutsches Engagement bei Waffenlieferungen favorisieren 25 Prozent (+4) und damit wieder etwas mehr als zuletzt, während härtere Sanktionen von gut jedem Dritten (35 Prozent; -2) unterstützt werden. Deutlicher hinter den Erwartungen der Bundesbürger zurück bleiben nach wie vor die diplomatische Anstrengungen Deutschlands. Gut der Hälfte (52 Prozent; -3) gehen diese nicht weit genug, nur 34 Prozent (+3) betrachten das bisherige Engagement deutscher Diplomatie im Ukraine-Krieg als angemessen.

Entlastungsmaßnahmen des Bundes überzeugen nur jeden Dritten



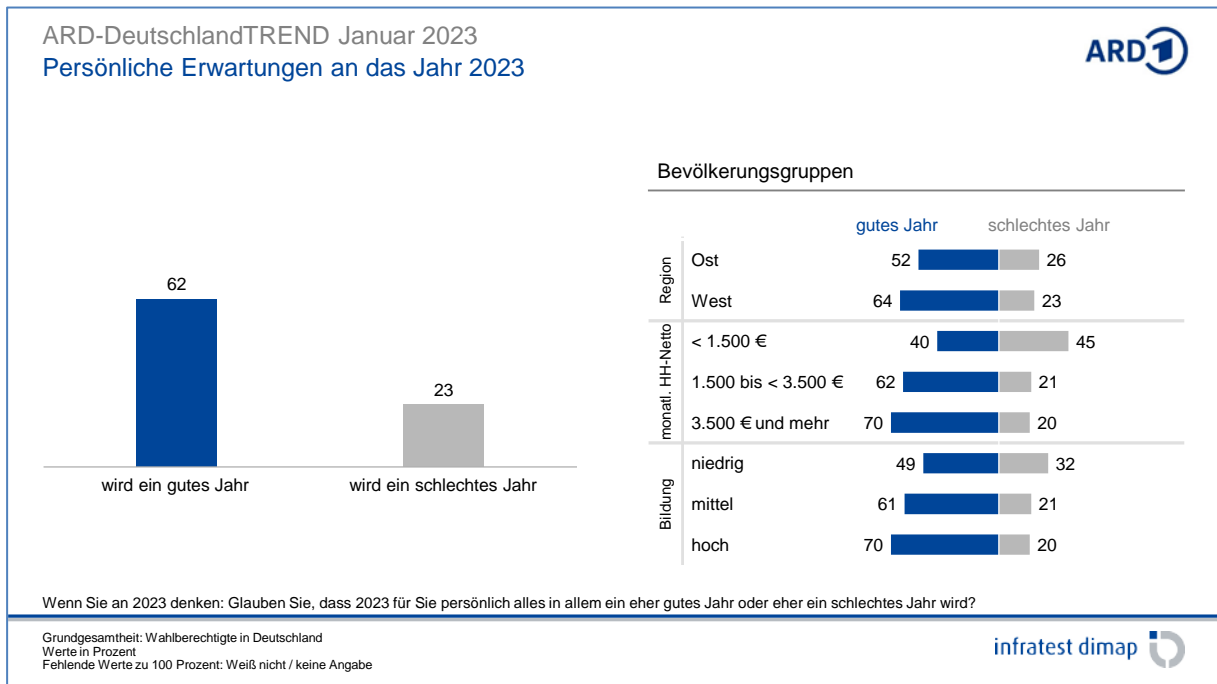
Die Preisentwicklung zählt im Verbund mit den energiepolitischen Problemen aus Sicht der Bundesbürger zu den aktuell großen Herausforderungen für die hiesige Politik. Die bisherigen Anstrengungen der Bundespolitik zur Kostenentlastung überzeugen viele Bürgerinnen und Bürger allerdings nicht. Nur für jeden dritten Wahlberechtigten (34 Prozent) wirken die Gegenmaßnahmen der Bundesregierung ausreichend. Gut der Hälfte (52 Prozent) gehen sie stattdessen nicht weit genug. Entsprechend positionieren sich insbesondere jüngere Wähler, Haushalte mit geringeren Einkommen sowie Anhänger von AfD und Linken. Dass es die Bundesregierung mit ihren Entlastungsbestrebungen übertreiben würde, ist die Haltung lediglich von knapp jedem Dreizehnten (8 Prozent). Eine Ansicht, die in keiner Bevölkerungs- und Wählergruppe eine Mehrheit findet.

Gewachsene Zweifel an gerechten Verhältnissen



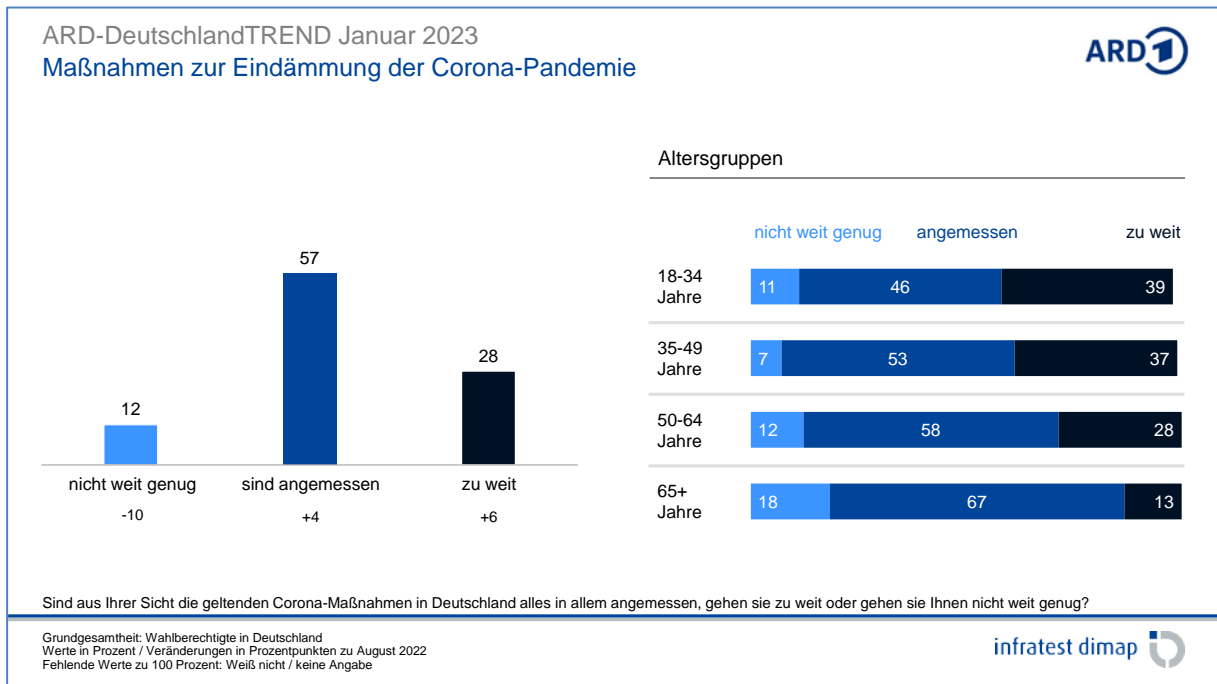
Unterdessen ist als Folge der hohen Energie- und Lebenshaltungskosten offensichtlich das zuletzt eher positive Bild von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen wieder stärker ins Wanken geraten. Hatte zur Bundestagswahl 2021 noch etwa die Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent) das Gefühl, es ginge in Deutschland insgesamt gerecht zu, kommen derzeit nur vier von zehn (36 Prozent; -15) zu diesem Urteil. 58 Prozent (+13) sprechen eher von ungerechten Verhältnissen in Deutschland. Ähnlich kritisch fiel das Urteil letztmalig 2010 im Umfeld der damaligen Wirtschafts- und Finanzkrise aus. Deutliche Zweifel äußern aktuell insbesondere Bezieher geringer Einkommen sowie formal niedrig Gebildete, darüber hinaus Ostdeutsche sowie Anhänger von AfD (91 Prozent) und Linken (72 Prozent). Aber auch etwa jeder zweite SPD- (45 Prozent) und Unions-Wähler (52 Prozent) findet, dass es in Deutschland gegenwärtig eher ungerecht zugeht.

Mehrheit erwartet für sich persönlich ein gutes Jahr 2023



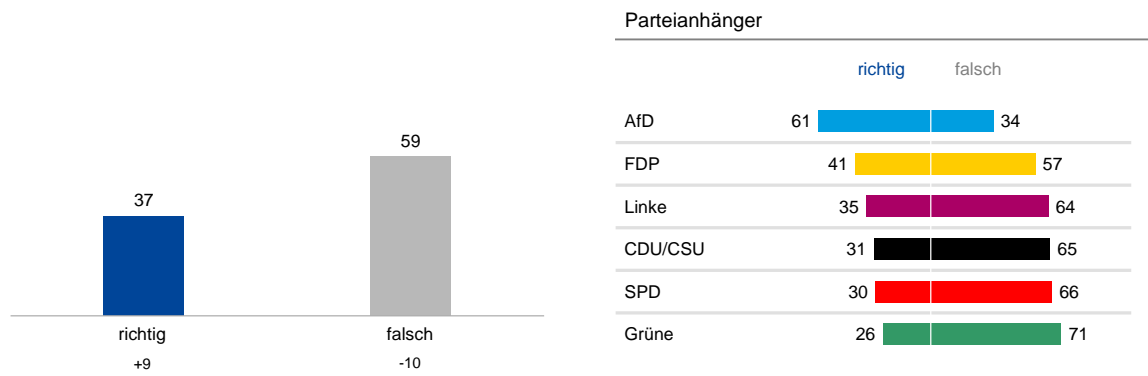
Ungeachtet der krisenhaften Rahmenbedingungen blickt die Mehrheit der Deutschen für sich persönlich optimistisch auf 2023. Vom neuen Jahr erwarten knapp zwei Drittel (62 Prozent), dass es für sie ein gutes Jahr wird, nur gut jeder Fünfte (23 Prozent) rechnet für sich mit einem schlechten Jahr 2023. Allerdings sinkt der Optimismus mit abnehmendem Bildungs- und Einkommensniveau.

Zuspruch zu verbliebenen Corona-Maßnahmen



Corona prägt den Blick der Deutschen zum Jahresbeginn kaum noch. Auf der Problem-Agenda der Bundesbürger ist die Pandemie angesichts geringerer Inzidenzen und mehrheitlich milden Krankheitsverläufen faktisch verschwunden. Dennoch steht eine völlige Aufhebung der verbliebenen Corona-Maßnahmen für die Bundesbürger momentan offensichtlich noch nicht zur Debatte. Zwar gehen 28 Prozent die übriggebliebenen Corona-Vorgaben zu weit. Sechs von zehn (57 Prozent) betrachten dagegen die noch geltenden Maßnahmen als angemessen. Nochmalige Regelverschärfungen sind dagegen momentan nur noch für 12 Prozent ein Thema.

ARD-DeutschlandTREND Januar 2023
 Aufhebung der Isolationspflicht für Corona-Infizierte

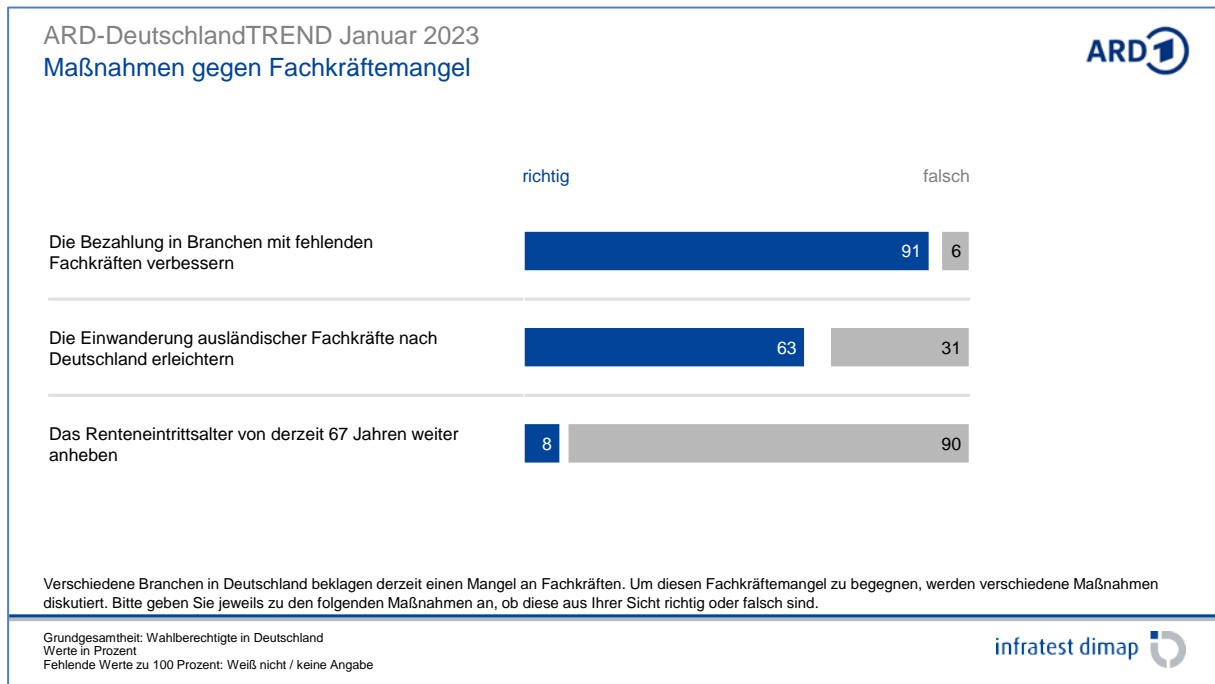


Wer positiv auf das Coronavirus getestet wird, muss sich in den meisten Bundesländern nach wie vor für fünf Tage zu Hause isolieren. In einigen Bundesländern wurde diese Isolationspflicht inzwischen aufgehoben. Ist es aus Ihrer Sicht richtig, wenn die Isolationspflicht aufgehoben wird oder ist die Aufhebung nicht richtig?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zum ARD-DeutschlandTREND im Morgenmagazin Oktober 2022
 Fehlende Werte zu 100 Prozent. Weiß nicht / keine Angabe

Zu den verbliebenen Corona-Maßnahmen gehört in den meisten Bundesländer weiterhin die Pflicht, sich im Falle einer Infektion zu Hause für fünf Tage zu isolieren. Hieran würde eine Mehrzahl der Bundesbürger nach wie vor auch festhalten, auch wenn die Unterstützung rückläufig ist. Für nur gut jeden Dritten (37 Prozent) ist die Aufhebung der Isolationspflicht richtig, für sechs von zehn (59 Prozent) ist sie es nicht.

Schritte gegen Fachkräftemangel: Anhebung des Rentenalters unpopulär



Nach Meldungen über eine wachsende Zahl von Erwerbstätigen, die vorzeitig in Rente gehen, sind zum Jahresende Forderungen nach einer Anhebung des regulären Renteneintrittsalters jenseits der bereits geplanten 67 Jahre laut geworden. Ein erhöhtes Renteneintrittsalter ist als Maßnahme gegen den bestehenden Fachkräftemangel hochgradig unpopulär. Nur knapp jeder Dreizehnte (8 Prozent) findet einen solchen Schritt richtig. Deutlich größeren Rückhalt finden mit 63 Prozent Initiativen zur erleichterten Einwanderung ausländischer Fachkräfte nach Deutschland. Noch populärer aber ist es, die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen durch eine bessere Bezahlung attraktiver zu machen (91 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND Januar 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Redakteur WDR	Christian Basl	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.314 Befragte (859 Telefoninterviews und 455 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 04. Januar 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0